

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst,
Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/889 –**

Europäisches Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung ernst nehmen

A. Problem

2010 ist von der EU und ihren Mitgliedstaaten zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung erklärt worden. Um die daraus erwachsende Verantwortung zu erfüllen, fordern die Antragsteller, ein Programm gegen Armut und soziale Ausgrenzung auf nationaler Ebene vorzulegen. Damit solle diesem Ziel politische Priorität eingeräumt werden. Verlangt wird, in dem Programm auch verbindliche Ziele und konkrete Zeitvorstellungen für die Bekämpfung von Armut festzulegen sowie entsprechende Finanzmittel bereitzustellen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kostenüberlegungen wurden nicht angestellt.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/889 abzulehnen.

Berlin, den 24. März 2010

Der Ausschuss für Arbeit und Soziales

Katja Kipping
Vorsitzende

Dr. Johann Wadephul
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul

A. Allgemeiner Teil

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/889** ist in der 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am 4. März 2010 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Gesundheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Armut und soziale Ausgrenzung nehmen nach Einschätzung der Antragsteller in Deutschland zu. Sie sehen in der gesellschaftlichen Spaltung die größte politische Herausforderung der Zeit. Das für 2010 von der EU ausgerufene Europäische Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung hat die Initiatoren dazu veranlasst, von der Bundesregierung ein entsprechendes Programm auf nationaler Ebene zu fordern. Dieses solle mit konkreten Zielen, Zeitplanungen und Mittelausstattung versehen werden. Die von der Bundesregierung bereits präsentierten drei inhaltlichen Schwerpunkte würden dagegen von der Regierungspraxis konterkariert. Auf der europäischen Ebene solle die Bundesregierung sich ebenfalls für die Priorität der Armutsbekämpfung einsetzen. Dies beinhalte u. a., sich für eine soziale Fortschrittsklausel im EU-Vertragstext zu engagieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend**, der **Ausschuss für Gesundheit**, der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** haben in ihren Sitzungen am 24. März 2010 den Antrag auf Drucksache 17/889 übereinstimmend mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** sowie der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben die Vorlage ebenfalls in ihren Sitzungen am 24. März 2010 behandelt und sie mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/889 in seiner 12. Sitzung am 24. März 2010 abschließend beraten. Mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD wurde dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/889 empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verwies auf das Ziel des Europäischen Jahres, das Bewusstsein für Armut und ihre Bekämpfung zu schärfen. Was Armut bedeute, sei in den einzelnen Mitgliedstaaten ganz unterschiedlich. Daher könnten nicht konkrete Schritte für alle Mitgliedsländer vorgegeben werden. Zur Umsetzung des Europäischen Jahres in Deutschland habe das Bundesministerium für Arbeit und Soziales bereits gemeinsam mit engagierten Organisationen 40 Leuchtturmprojekte ausgewählt. Darüber hinaus nehme die Bundesrepublik bereits einen Spitzenplatz bei der Armutsbekämpfung ein: Kein anderes Land verwende einen so großen Anteil seines Gesamtetats für Sozialausgaben.

Die **Fraktion der SPD** forderte, nach der ökonomischen nun endlich auch die soziale Dimension der EU zu realisieren. Nicht nur das Vertrauen von Banken und Wirtschaft, sondern auch das Vertrauen der Menschen in Europa müsse gestärkt werden. Andernfalls werde der soziale Zusammenhalt schwinden. Die Fraktion der SPD habe einen eigenen Antrag mit ihren Vorstellungen eingebracht. Die Fraktion DIE LINKE. ziehe in ihrem Antrag die falschen Schlüsse aus einer weitgehend richtigen Analyse. Daher werde die Fraktion der SPD sich der Stimme enthalten.

Die **Fraktion der FDP** kritisierte den Antrag als eine Ansammlung weitgehend willkürlicher Feststellungen und Unterstellungen gegenüber der Bundesregierung. Die darin gestellten Forderungen zur Armutsbekämpfung würden zudem bereits vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales umgesetzt. Dabei seien – wie gefordert – Akteure aus unterschiedlichen Bereichen eingebunden, wie kommunale Spitzenverbände oder Wohlfahrtsverbände. Das werde von den Antragstellern einfach ignoriert.

Die **Fraktion DIE LINKE.** forderte, das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung ernst zu nehmen. Die politischen Schwerpunktsetzungen in der Koalitionsvereinbarung zeigten, dass Bekämpfung von Armut und soziale Ausgrenzung keine Priorität dieser Regierung sei. Bezeichnend sei, dass die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission, die Anzahl der Menschen in Armut bis 2020 um 25 Prozent zu senken, ablehne. Bisher sei in Deutschland viel zu wenig gegen Armut unternommen worden, besonders gegen Kinderarmut. Diese Verantwortung müsse wahrgenommen werden. Stattdessen nehme die Armut hierzulande stetig zu. Das Europäische Jahr biete einen Anlass, aktiv zu werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erinnerte daran, dass die EU nicht nur den Märkten, sondern auch den Menschen dienen solle. Das müsse sich auch beim Einsatz der Finanzmittel zeigen. Daher habe die Fraktion einen eigenen Antrag eingebracht, in dessen Mittelpunkt die ökologische Entwicklung und eine effiziente Wirtschaft sowie die Förderung der entsprechenden Forschung stehe. Außerdem gehe es um einen besseren Schutz der Verbraucher, besonders auf den Finanzmärkten. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE. weise in die richtige Richtung und werde von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unterstützt.

Berlin, den 24. März 2010

Dr. Johann Wadephul
Berichterstatter

